

Antwort der CDU:

*** Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?**

Die CDU setzt sich für eine sachgerechte Entlastung der Eltern ein. Die Höhe der Kosten für die Kindertagesbetreuung hängt jedoch ganz wesentlich vom Umfang der Zuschüsse die Bund und Land für die Kinderbetreuung geben.

*** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeit 39% im U3-Bereich bzw. 86% im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?**

Die CDU strebt eine bedarfsgerechte Versorgung sowohl im U3 als auch im Ü3-Bereich, daher haben wir in den letzten Jahren auch dem Ausbau vorangetrieben. Dieses ist unabhängig von Quoten.

*** Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleiner Gruppengrößen zu ermöglichen?**

Die Lübecker Kitas werden im Rahmen des Haushaltes der Hansestadt bezuschusst. In den letzten zwei Jahren sind die ordentlichen Aufwendungen für die Kindertagesstätten um ca. 12% oder 5 Mio. Euro gestiegen. Unabhängig von der Höhe der Bezuschussung, setzt sich die CDU für eine ausreichende personelle Ausstattung der Kitas ein, die auch Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten ermöglicht.

*** Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (Erzieherinnen, Sozialpädagogische Assistentinnen) in Lübeck entgegenzuwirken?**

Die Hansestadt Lübeck ist ein äußerst attraktiver Arbeitgeber. Die CDU fördert diese Attraktivität und setzt sich für ein umfangreiches Ausbildungsprogramm bei der Hansestadt ein. Gerade auch im Bereich der Kitas ist es entscheidend, dass nicht nur die Hansestadt, sondern auch die privaten Träger, den eigenen Nachwuchs ausbilden. Unterstützt wird dieses zudem durch entsprechende Programme des Landes und des Bundes.

*** Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:**

- * Mehr Früh- und Spätdienste
- * **freier wählbare Stundenzahl**
- * **Streichung/Reduzierung der Schließtage**
- * **Ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (nicht nur jeweils zum 1.8. des Jahres)**
- * **Weitere:**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat bereits im November des letzten Jahres mit den Stimmen der CDU beschlossen die Schließzeiten zu reduzieren und dafür fast zwei Mio. Euro in die Hand genommen. Wir setzen uns darüber hinaus für ein breit gefächertes Angebot mit unterschiedlichen Anfangs und Endzeiten in den Lübecker Kitas ein (anhängig von Bedarf). An welchen Kitas diese Angebote vorgehalten werden, hängt wesentlich von der Lage und Größe der jeweiligen Einrichtung ab. Von der Größe ist es auch abhängig, ob ein Krippen- oder Kitaeinstieg ganzjährig erfolgen kann.

*** Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließzeiten im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?**

Die CDU setzt sich für die stadtweite Umsetzung der Reduzierung der Schließzeiten ein.

*** Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?**

Wie sich aus einer vergleichenden Bertelsmann Studie und der Umfrage des Fachbereichs ergeben hat, verfügt Lübeck auch im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten über ein hohes Niveau bei der Kinderbetreuung mit dem die Mehrzahl der Eltern zufrieden ist. Für uns als CDU ist es daher in erster Linie wichtig, die bereits beschlossenen und vorhandenen Maßnahmen und Mittel konsequent stadtweit umzusetzen und dieses auch qualitativ zu überprüfen.

*** Welchen Stellenwert Messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?**

Die Kindertagespflege ist die CDU ein integral wichtiger Bestandteil der Kinderbetreuung in der Hansestadt Lübeck. Wir sehen in ihr nicht nur eine sinnvolle, sondern auch eine notwendige Ergänzung des Systems der Kinderbetreuung.

*** Werden Sie sich - auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs - dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch die unterschiedlichen Betreuungsforen (Betreute Grundschule, Horte, Kindertagespflege) angeboten wird?**

Die CDU hat sich von Beginn an für eine angemessene und bedarfsgerechte Schulkindbetreuung eingesetzt. Diesen Weg werden wir auch weiter beschreiten. Dabei wollen wir darauf achten, dass vor allem die Qualität der Betreuung angemessen und einheitlich angeboten wird.

*** Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?**

Für die CDU ist gerade die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen mit Handicap eine Herzensangelegenheit. Darum haben wir als CDU in Lübeck einen Teilhabeplan beantragt und auf den Weg gebracht.

Gerade bei der Kinderbetreuung stehen wir vor großen Herausforderungen. Ein erster Schritt ist die Barrierefreiheit in den Schulen. Dieses ist auch eine Grundvoraussetzung für eine bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung vor Ort.

*** Welche Pläne haben Sie - von der Kinderbetreuung abgesehen - Lübeck für Familie und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?**

Die CDU hat eine Reihe von Vorstellungen, wie die Hansestadt für alle Bevölkerungsschichten attraktiver wird. Dieses betrifft selbstverständlich auch Familien. Einzelne an dieser Stelle herauszupicken ist nicht sinnvoll. Dies betrifft alle Bereiche der Politik und ist ein roter Faden in unserem Wahlprogramm.

*** Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen und benachteiligten Familie mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?**

Für die CDU baut die Chancengleichheit auf der Teilhabe auf. Die Hansestadt vergünstigt 3100 Kindern die Kinderbetreuung bis zu 100%. Aus dem Bildungs- und Teilhabefonds werden jährlich Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen und benachteiligten Familien mit 3,75 Mio. Euro unterstützt. Weitere Vergünstigungen erfolgen mit Hilfe von Geldern aus Stadt Land und Bund. Die CDU setzt sich dafür ein, dass diese Mittel bedarfsgerecht verwendet und voll ausgeschöpft werden.



Familienpolitische Antworten der SPD Lübeck

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Ja. Unser langfristiges Ziel ist die Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung. Das wollen wir schrittweise einführen. Das kann Lübeck aber nicht alleine schaffen und muss auch mit dem Umland abgestimmt werden. Dazu brauchen wir die Unterstützung des Landes. Zunächst muss es Familien mit geringem Einkommen ermöglicht werden, ihre Kinder in gute Kindertagesstätten zu bringen. Priorität bei der Finanzierung hat allerdings zunächst die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung und der Schulkindbetreuung.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Mit Prozentzahlen Wahlkampf zu machen ist nicht sinnvoll. Die Betreuungsquote muss sich aber in jedem Fall ständig dem Bedarf anpassen. Keine Familie darf auf der Suche nach einem Betreuungsplatz leer ausgehen. Das bedeutet, dass man in den Stadtteilen und Stadtbezirken den jeweiligen Bedarf ermittelt und langfristig plant. Eine hundertprozentige Betreuungsquote an jedem Ort ist auch nicht möglich und finanzierbar.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Ja. Wie zusätzliche Haushaltsspielräume genau genutzt werden, wird mit den Fachleuten in der Verwaltung und bei den Trägern der Kindertagesbetreuung verhandelt. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns für bessere Personalschlüssel (z.B. durch die ergänzten Elementargruppen) oder mehr Springerkräfte in den Kitas stark gemacht und konnten für einige Forderungen auch Mehrheiten erzielen. In der jüngsten Auswertung der Ausfallzeiten beim Kita-Personal kann man erkennen, dass die ersten Maßnahmen auch Wirkung zeigen. Diesen eingeschlagenen Weg müssen wir fortsetzen.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Zum einen, indem die Hansestadt Lübeck die in Punkt 3 genannten Dinge umsetzt. Der jüngste Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird von uns auch unter diesem Gesichtspunkt begrüßt. Aber zum anderen auch, indem wir die freien Träger in die Lage versetzen gute Löhne zu zahlen. In der vergangenen Wahlperiode konnten wir mit einer äußerst knappen Mehrheit durchsetzen, dass die Träger mithilfe einer Tarifierungsklausel in ihren Verträgen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach den Tarifabschlüssen weiterhin angemessen bezahlen konnten ohne Einsparungen

beim Personal vornehmen zu müssen, das war ein sehr wichtiger Schritt. Außerdem muss die Kooperation mit der Dorothea-Schlözer-Schule deutlich verbessert werden, so dass die in Lübeck ausgebildeten Fachkräfte auch vor Ort bleiben und in unseren Einrichtungen eingesetzt werden können.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie: - mehr Früh- und Spätdienste - freier wählbare Stundenzahl - Streichung/Reduzierung der Schließtage - ganztägiger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (nicht nur jeweils zum 01. 08. des Jahres) - weitere:

Wir unterstützen alle diese Anregungen, die unter Berücksichtigung der Interessen aller Kinder und der MitarbeiterInnen in den Kitas umsetzbar sind. Das kann sich im Einzelfall widersprechen. Dann liegt unsere Priorität auf kindgerechten Abläufen in den Kitas und erträglichen Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Die Stadt Lübeck ist gut beraten, die wünschenswerte und in der Bürgerschaft beschlossene Reduzierung der Schließtage partnerschaftlich mit den freien Trägern nun auch umzusetzen. Das Wohl der Kinder, die allerdings auch ein Recht auf Zeit in der Familie haben, hat für uns oberste Priorität. Auch hier spielen gute Arbeitsbedingungen für MitarbeiterInnen eine große Rolle. Einen guten Ausgleich der Interessen zu finden, ist eine schwierige Aufgabe, die wir meistern wollen.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Neben einer weiteren Verbesserung des Personalschlüssels und unserem Einsatz auch auf Landesebene bei der Novellierung des Kita-Gesetzes sind die Herausforderungen der kommenden Jahre für uns sicherlich der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung im Elementarbereich und U 3, vor allem im Ganztagsbereich, und der behutsame Ausbau der Quantität und der Qualität in der Schulkindbetreuung. Grundsätzlich gilt: kleinere Gruppen, mehr Personal, bedarfsgerechte Betreuungszeiten und keine Erhöhung der Beiträge. Dies umzusetzen wird nicht nur politischer Mehrheiten bedürfen, sondern auch die Bereitschaft weitere finanzielle Mittel bereitzustellen.

Auch die zielgerichtete Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen in den Kindertagesstätten wollen wir zeitgemäß weiterentwickeln. Eine gute Personalentwicklung in den nächsten Jahren ist enorm wichtig für die Zukunft der Kindertagesstätten. Da wollen wir den Bürgermeister mit allen Kräften unterstützen.

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Die Kindertagespflegepersonen haben in den vergangenen Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet, dass die Stadt insbesondere im U3-Bereich den seit 2013 gültigen Rechtsanspruch erfüllen konnte. Die angemessene Anerkennung für diesen Beitrag wurde manchmal vernachlässigt. Grundsätzlich ist es ein Vorteil für die Eltern, die Wahlfreiheit zwischen Kindertagespflege und Kita zu haben. Allerdings hat das Tagespflegesystem bedeutende Schwächen, wie z.B. die Struktur der Selbstständigkeit, was Auswirkungen auf Vertretungsregelungen, die Bezahlung, Kündigungsfristen

der Vertragsverhältnisse u.v.m. hat. Dies sind einige Ansatzpunkte, wo Politik noch Verbesserungen in einem sehr engen gesetzlichen Spielraum erzielen muss. Wir wollen insgesamt dafür sorgen, dass die aktuelle Balance zwischen Kita und Kindertagespflege erhalten bleibt und sie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das beidseitige Verhältnis zwischen Tagespflegepersonen und Verbund bzw. Verwaltung wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten wieder verbessern.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Ja, dafür werden wir uns einsetzen.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Auch hier wollen wir den Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen ermitteln und gemeinsam mit den AkteurInnen der Nachmittagsbetreuung so schnell wie möglich umsetzen. Wir setzen uns ein für ein abgestimmtes und gut finanziertes Inklusionskonzept an allen Schulen.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

Wir wollen insbesondere familiengerechten bezahlbaren Wohnraum schaffen und die von der Stadt Lübeck beeinflussbaren Nebenkosten für den Wohnraum in Grenzen halten. Dazu wollen wir die Schaffung von Wohneigentum für Familien ermöglichen, in dem wir umwelt- und naturschutzgerecht Baugebiete für Eigenheime ausweisen. Die Planungen der neuen Bundesregierung in diesem Bereich begrüßen wir uneingeschränkt.

Die Unterstützung von Wirtschaftsbetrieben zur Schaffung von gut bezahlten und familiengerechten Arbeitsplätzen muss fortgeführt und intensiviert werden. In unserem Wahlprogramm gibt es weitere Forderungen, die das zum Inhalt haben.

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

Der Erhalt und der Ausbau des Lübecker Bildungsfonds ist eine konkrete Maßnahme. Die Antworten unter Punkt 11 dienen auch dazu.

Der Schwerpunkt liegt aber in der Weiterentwicklung der Schulen, damit guter Unterricht für alle Kinder möglich ist und die Schule zum Lebens- und Lernort wird, wo alle Kinder jeden Tag gern hingehen und Spaß am Lernen haben. Gute Schulpolitik müssen wir gemeinsam mit der Landesregierung partnerschaftlich entwickeln.

Die Investitionen in die Gebäude und die Ausstattung der Schulen sind zu intensivieren und die verwaltungstechnischen Abläufe zur Umsetzung müssen optimiert werden. Dazu gehört auch eine langfristige Verbesserung der Personalausstattung in der Bauverwaltung.

Antwort der GRÜNEN:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden? Bezug Lübeck

Das unterstützen wir, aber die Reduzierung ist abhängig von den Mitteln, die wir hierfür in Zukunft vom Land bekommen werden. Ein Beschluss zur Deckelung ist vom Land Schleswig-Holstein bereits beschlossen. Wir begrüßen die angekündigten Programme für mehr Kitaqualität des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den damit verbundenen zusätzlichen beträchtlichen Mitteln.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Wir streben insgesamt eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung an. Wir stellen in Frage, ob die Vorgehensweise der Verwaltung, diesen zu ermitteln, dem Begriff des „Bedarfes“ überhaupt gerecht wird. Wir wollen erreichen, dass es ausreichend Betreuungsangebote gibt, die den Anforderungen der Eltern tatsächlich entsprechen. Einen ersten Schritt, dieses Thema neu aufzurollen, haben wir durch einen Antrag im Jugendhilfeausschuss bereits gemacht.

Wir erwarten durch diese Diskussion neue Impulse und wollen und daher noch nicht auf einen Aussage zu einer angestrebten Quote festlegen.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Um die Kitaqualität anzuheben, die Belastung des Personals zu senken, und somit dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Erziehungsberufe attraktiver zu machen sind höhere Personalschlüssel, mehr Verfügungszeiten, und Vorbereitungszeiten wünschenswert.

4.

Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Hierbei handelt es sich um eine Dreh- und Angelpunkt. Wenn wir nicht ausreichend Personal auf dem Arbeitsmarkt finden können, laufen gut gemeinte Beschlüsse z. B. zur Reduzierung von Schließtagen ins Leere.

Wir haben uns daher ins Programm geschrieben, dass wir uns in Lübeck für die Schaffung von wirksamen Instrumenten einsetzen wollen, um den Personalmangel in diesem Bereich abzubauen.

Hierzu gehört für uns auch eine bessere Bezahlung.

Wir wollen zum Beispiel Mittel einwerben, um ein Stipendium für diese Berufe aufzubauen.

Desweiteren möchten wir Programme zum „Quereinstieg“ vermehrt unterstützen.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der

Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der

Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

mehr Früh- und Spätdienste - Wir setzen uns darüber hinaus auch für die Verstärkung von Angeboten in (Rand- Wochenend und Ferienzeiten) ein.

Streichung/Reduzierung der Schließtage - dieses wurde - verbunden mit der Forderung einer Vereinheitlichung mit Schulkindbetreuung mit den Stimmen der Grünen bereits beschlossen.

Wir halten dieses für unabdinglich, weil Familien mit mehreren Kindern unterschiedlichen Alters und/oder in unterschiedlichen Einrichtungen von unlösbare Probleme bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestellt werden.

ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg. Diese Forderung haben wir konkret in unserem grünen Programm, da beispielsweise bei Abschluss eines Arbeitsvertrages auch nicht auf einen späteren Termin gewartet werden kann.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Ja. Der Beschluss bezog sich auch auf die freien Träger.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie? Siehe Punkte 1 und 2

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Wir werden die Forderung nach einer verbesserten Mitbestimmung der Eltern und der Anbieter von Kindertagespflege dringend unterstützen. Die Kindertagespflege übernimmt einen wichtigen Teil der Betreuungsangebote in Lübeck. Vielen Eltern, die diese Form bevorzugen, wird somit eine Betreuung in einem familiären Umfeld eröffnet. Es erscheint uns sinnvoll und legitim, die Eltern und die Anbieter von Kindertagespflege in die Entscheidungsprozesse (z. B. im Jugendhilfeausschuss) einzubeziehen.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Die Betreuungslandschaft ist im Wandel, und somit werden wir uns auch eventuell von bekannten Kategorien verabschieden müssen. Wir wollen eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung in Lübeck, die einerseits für alle bezahlbar bleibt und die es Menschen ermöglicht, guten Gewissens einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, oder eine Ausbildung zu machen. Wir treten dafür ein, dass flächendeckend eine Auswahl an flexiblen Angeboten vorgehalten wird, die auf die Bedarfe der Eltern möglichst weitgehend zugeschnitten sind.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen? Wir treten auf allen Ebenen für eine inklusive Pädagogik ein und sehen die Nachmittagsangebote als Teil der Bildung.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und

Kinder attraktiver zu machen? Angefangen von Umweltschutz, Wohnen, Gleichstellung. Alles, was im Programm steht, ließe sich so ausdeuten.

Eine unserer Ideen, die aber gern einmal ins Licht gestellt werden könnte ist, dass wir zusätzliche qualitative Vergabekriterien bei der Vergabe von Gewerbeflächen. (z.B. Angebot von Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle) geltend machen wollen.

12.

Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

einen regelmäßigen Tag „Stadt für alle“ mit kostenloser Nutzung der städtischen Infrastruktur (z.B. Museen, Stadttheater, Schwimmbäder, Stadtbusse, Strände) eine Anhebung der Mietobergrenzen, die von den Ämtern bei Sozialleistungen übernommen werden, an den aktuellen Mietspiegel. ... die Einrichtung einer freiwilligen Wohnraumbörse ... niedrigschwellige Beratungsangebote für Menschen, die soziale Hilfen benötigen eine Stärkung der Beratungsangebote in den Nachbarschaftsbüros eine stärkere Vernetzung der Stadtteilarbeit. Gemeinschafts-, Jugend- und Familienzentren sind Orte für gesellschaftliches Leben im Stadtteil.. die Einrichtung von weiteren bilingualen Kindergärten einen zusätzlichen muttersprachlichen Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund an Schulen im Offenen Ganztag anbieten. einen Lübecker Aktionsplan zur Unterstützung von Alleinerziehenden.

Unsere Fragen an alle Parteien und Wählergemeinschaften:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Lübeck muss noch familienfreundlicher werden. Daher sind die Freien Demokraten der Auffassung, dass KiTa-Beiträge schnellstmöglich gedeckelt und ganz mittelfristig abgeschafft werden müssen. So werden Familien finanziell entlastet.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigt, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Wir streben einen Ausbau des Angebots an, eine Quote ist relativ, da man die absolute Anzahl der Plätze bedarfsgerecht steigen muss. Wenn mehr Plätze geschaffen werden, die Kinderzahl aber stärker ansteigt sinkt die Quote. Eine Quote ist also je nach Geburtenrate schwer planbar. Jeder Familie muss daher ein Angebot gemacht werden können, damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Da gerade im Bereich der Ü3 Plätze wesentliche Grundlagen für Bildungschancen gelegt werden ist hier eine vollständige Abdeckung anzustreben. Ein Hauptaugenmerk muss hier auf den Ausbau von inklusiven Angeboten liegen, um Kinder mit besonderem Förderbedarf gerecht zu werden.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Für die Freien Demokraten ist die Finanzierung der Kitas zurzeit eine Teilung der Kosten durch Land, Stadt und die Eltern. Gerade der prozentuale Anteil des Landes war zuletzt unter dem Zielwert von 1/3. Hier setzten wir uns dafür ein, dass die für die Kitas bestimmten Mittel aus dem Kommunalpakt zwischen Kommunen und Land hier zielgerichtet eingesetzt werden. Aufgrund der Haushaltssituation der Stadt, auch im Hinblick auf an die heranwachsenden Generationen sehen wir hier das Land in der Verantwortung, zusätzliche Mittel bereitzustellen. FDP Sozialminister Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein, erarbeitet hierzu ein neues Konzept zur KiTa-Finanzierung und auch im Jamaika Koalitionsvertrag sind hierfür zusätzliche Landesmittel geplant.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Wir wollen als Teil der Qualitätssicherung und der Qualitätssteigerung dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dazu wollen wir die fachschulische Ausbildung stärken und auch ein duales vergütetes Ausbildungssystem einführen. Auch für QuereinsteigerInnen und Quereinsteiger sollen Maßnahmen entwickelt werden, die den Berufseinstieg attraktiver gestalten und ihn erleichtern. Gerade hier sind berufsbegleitende Angebote auf kommunaler Ebene weiter zu fördern. Die Möglichkeit eine Ausbildung in Teilzeit zu machen sollte ausgeweitet werden. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen in städtischen KiTas mit denen freier Träger zu vergleichen und auf ein vergleichbares hohes Niveau zu bringen.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

- mehr Früh- und Spätdienste **wird unterstützt – Details in unserem Wahlprogramm**
- freier wählbare Stundenzahl **wird unterstützt – Details in unserem Wahlprogramm**
- Streichung/Reduzierung der Schließtage **wird unterstützt - Details in unserem Wahlprogramm-**
- ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaestieg (nicht nur jeweils zum 01. 08. des Jahres) **wird begrüßt, allerdings würden wir die Priorität zunächst auf die Flexibilisierung der Betreuungszeiten und Schließtage legen, wir fordern des Weiteren eine effektive verpflichtende Nutzung der landesweiten SH-KiTa Datenbank für alle Anbieter der Kinderbetreuung, damit freie Plätze kurzfristig für Eltern dargestellt werden können.**
- Weitere: **Wir fordern die Synchronisation der festen Schließzeiten (z.B. in Stadtteilen) von Kitas und betreuten**

Grundschulen, damit es nicht zu Herausforderungen für die Eltern kommt, wenn die Schließzeiten in verschiedenen Ferienwochen liegen.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Wir setzen uns für die Reduzierung der Schließtage bei allen Trägern ein, somit unterstützen wir auch diesen Beschluss.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Wir sehen die Haushaltssituation der Stadt Lübeck realistisch. Daher wollen wir uns auf die genannten Maßnahmen (Schließtagereduzierung, Ausbau der Randzeitenbetreuung sowie Deckelung der Elternbeiträge) und deren Umsetzung konzentrieren und keine weiteren Maßnahmen versprechen.

Wir setzen uns allerdings für eine regelmäßige Evaluation, Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Qualität der KiTas ein, um so weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Betreuungsqualität aufzuzeigen. Kurzfristig möchten wir die genannten Maßnahmen (Schließtagereduzierung, Ausbau der Randzeitenbetreuung sowie Deckelung der Elternbeiträge) garantieren können.

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Wir Freie Demokraten wollen die gleichwertige Förderung der Kindertagespflege, damit die Eltern bei der Kinderbetreuung eine echte Wahlmöglichkeit haben. Dies kann durch die Verbesserung der städtischen Unterstützung sowie zusätzlichen bezahlten Fortbildungszeiten oder durch eine Attraktivitätssteigerung des freiberuflichen Kindertagespflegewesens geschehen.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Auch nach Schulschluss muss eine sinnvolle Kinderbetreuung gewährleistet sein – eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Offene Ganztagskonzepte an Schulen dürfen kein Ersatz für die zeitlich und pädagogisch umfassendere Betreuung in Horten sein. Eltern müssen zwischen den unterschiedlichen Betreuungskonzepten frei wählen können. Ein einheitlich hohes pädagogisches Qualitätsniveau ist hierbei zu erreichen.

Wir setzen uns des Weiteren für die Kooperation von Sportvereinen, Musik- und Kunstschulen sowie anderen Einrichtungen für vielfältige Angebote der Nachmittagsbetreuung ein.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Jeder Schüler soll nur vor solche Anforderungen gestellt werden, die er bei angemessener Anstrengung auch bewältigen kann, ohne unter- oder überfordert zu werden. Wichtig ist daher, früh festzustellen, welche Stärken und welche Schwächen oder Lernschwierigkeiten ein Kind hat. Jedes Kind soll eine Schule besuchen können, in der es im Rahmen der schulischen Möglichkeiten intensiv nach seinen Stärken und Schwächen individuell gefördert wird. Dabei gilt es nicht nur, lernschwächere Kinder an die Bildungsziele der jeweiligen Klassengruppe heranzuführen. Auch hochbegabte Kinder haben ein Recht darauf, entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten gefördert zu werden.

Für uns ist es dabei selbstverständlich, dass in Schulen, welche Kinder mit Inklusionsbedarf unterrichten auch nach Schulschluss eine Betreuungsmöglichkeit bieten müssen um für die betroffenen Familien ein akzeptables Angebot zu schaffen, damit die betroffenen Kinder nicht ausgegrenzt werden und die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zusätzlich benachteiligt werden. Hier kann mit Hilfe von Integrationshelfern eine Teilnahme an der Ganztagschule an den Integrationschwerpunktschulen ermöglicht werden.

Zusätzlich wollen wir an den entsprechenden Schulen, aber auch in Sportvereinen bedarfsgerechte Sportanlagen und Geräte weiter fördern um inklusive weiter qualitativ zu verbessern.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

Lebenslanges Lernen beginnt schon vor der Geburt und wird in den ersten Lebensmonaten von Eltern und Familie entscheidend geprägt. Bildung und Erziehung von Kindern hängen damit in hohem Maße von den Bildungs- und Erziehungserfahrungen der Eltern ab. Können diese nicht auf die Erfahrungen der Familie zurückgreifen, fühlen sich gerade junge Mütter und Väter schnell alleingelassen und überfordert. Die Freien Demokraten sprechen sich für die Schaffung von Netzwerken zur Unterstützung von Eltern aus, um diesen Erfahrungen und Wissen zu vermitteln. Wir unterstützen hier die Angebote wie Hausbesuche von Hebammen, Beratungsangebote für junge Familien und dem Familienwegweiser, damit dem soliden Start ins Leben nichts im Wege steht.

Sport: Auf kommunaler Ebene müssen vor allem diejenigen Vereine Unterstützung erhalten, die sich stark im Bereich Kinder-, Jugend- und Seniorensport sowie im Gesundheitssport betätigen oder besondere Integrationsleistungen erbringen. Die Sportverbände und Vereine sollen ihren wichtigen Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Die Freien Demokraten unterstützen die Kooperation von Vereinen mit Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten.

Geburtshilfe: Zurzeit gibt es Lübeck 2 Kliniken mit Geburtsstationen, außerdem gibt es die Möglichkeit der ambulanten Geburt im Geburtshaus sowie hebammenbetreute Hausgeburten. Wir Freie Demokraten halten daran fest, dass Gebärende sich selbst entscheiden dürfen, ob sie in einer Geburtshilfeklinik, in einem Geburtshaus oder zu Hause entbinden möchten. Beleg- und freie Hebammen sind eine tragende Säule der Gesundheitsversorgung der gebärenden Mutter: Daher müssen alle bestehenden Angebote weiter erhalten bleiben.

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

- **Wir wollen eine stärkere Nutzungsmöglichkeit von kulturellen Angeboten für alle gesellschaftlichen Schichten, umso deren Teilhabe zu sichern.**
- **Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen bereits in den KiTas sprachlich, körperlich und sozial gefördert werden, damit sie fit anschließenden Schulbesuch sind und dem Unterricht gut folgen können.**
- **Netzwerke zur Unterstützung unerfahrener Eltern (siehe Punkt 11)**
- **KiTas und Schulen bei der Aufgabe der Integration unterstützen, um Integrationsleistungen zu erfüllen.**

Bitte senden Sie Ihre Antworten bis spätestens zum **18.04.2018**

Antwort der AfD:

Unsere Fragen an alle Parteien und Wählergemeinschaften:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Kinderbetreuung soll wohnortnah, gut ausgestattet und bezahlbar sein. Bezahlbar heißt für uns, dass es keine Erhöhung der Elternbeiträge geben darf und wir setzen uns dafür ein, dass mindestens das letzte KiTa-Jahr beitragsfrei wird.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Die AfD spricht sich für die Wiedereinführung der bewährten Vorschule aus. Daher wäre für uns bei den Ü5 eine Betreuungsquote nahe 100% in gleichwertigen Einrichtungen erstrebenswert. Für die übrigen Altersgruppen gilt für uns die Wahlfreiheit der Eltern, die auch die Entscheidung für familiäre Betreuung beinhaltet. Daher sind für uns für diese Altersgruppen auch Betreuungsquoten weit unter 100% akzeptabel, wenn sie Ausdruck der Wahlfreiheit der Eltern sind.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Kleinere Gruppen und mehr Betreuungskräfte sollten mittelfristig angestrebt werden. Dies kommt den Kindern zugute und dürfte sich auch günstig auf den teilweise hohen Krankenstand der Betreuungspersonen auswirken. Wenn dafür höhere Betriebskostenzuschüsse zwingend erforderlich sind, würden wir diese mittragen.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Als Möglichkeiten sehen wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Entlastung von administrativen und nicht-pädagogischen Nebenaufgaben, um die Attraktivität dieser Tätigkeiten zu erhöhen.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

- mehr Früh- und Spätdienste
- freier wählbare Stundenzahl
- Streichung/Reduzierung der Schließtage
- ganzjähriger Krippen- bzw. KitaEinstieg (nicht nur jeweils zum 01. 08. des Jahres)
- weitere:

Alle genannten, wenn sie geeignet sind, einen echten Bedarf zu decken und wirtschaftlich vertretbar sind.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Ja.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Wir setzen vor allem auf kleinere Gruppen durch mehr Betreuungspersonal.

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Kindertagespflege ist einer der tragenden Säulen der Kinderbetreuung. Es gibt in Lübeck viele Tagesmütter bzw. -väter, die eine hervorragende Arbeit leisten und die Kinder liebevoll und mit viel Sachkenntnis betreuen und vertrauensvoll mit den Eltern zusammen arbeiten. Dies gilt es zu erhalten und auszubauen.

So möchten wir freie Tagepflegeplätze bei ausgewählten Pflegepersonen vorhalten, die bei Krankheit einer anderen Pflegeperson für deren betreute Kinder zur Verfügung stehen. Diese Kapazitätsreserve hilft Pflegepersonen, Kindern und Eltern über vorübergehende Krankheitsfälle hinweg.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Kurze Beine, kurze Wege. Dies gilt nicht nur für die Schulen, sondern auch für die Hortbetreuung. Im Idealfall findet diese in der Grundschule statt, um unnötige, zusätzliche Wege für die Kinder zu vermeiden. Dafür setzen wir uns ein.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Inklusion mit Augenmaß sowie ideologie- und zwangsfrei ist die Devise der AfD.

Die AfD bekennt sich zum Artikel 24 der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 3.5.2008.

Inklusion kann jedoch nicht bedeuten, alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen zu verteilen. Die Bedürfnisse zahlreicher integrierter Kinder werden hierbei grob missachtet, da die Folgen von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen zum Teil verharmlost oder nicht in ihrer Schwere erkannt werden.

Die AfD setzt sich für den Erhalt des uneingeschränkten elterlichen Wahlrechts ein, sich auch für ein Förderschulangebot entscheiden zu können – alles andere kommt einer Entmündigung der Eltern gleich.

Zusätzlich befürworten wir die Einrichtung von Förderschulklassen in Gebäuden von Regelschulen. Diese bieten Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Schutzräume, die sie benötigen, wobei gleichzeitig ein gemeinsamer Unterricht über die Klassengrenzen hinaus, wann immer sinnvoll,

erteilt werden kann. Anders als die Verfechter des aktuellen Ansatzes zur Inklusion verharmlost die AfD die Folgen einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung nicht als „Teil einer begrüßenswerten Vielfalt“, sondern erkennt die speziellen Förderbedürfnisse individueller Persönlichkeit ohne Wenn und Aber an. Schulassistenten können und sollen sonderpädagogische Unterstützungsangebote flankieren.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Wir streben ein Willkommensgeld für Kinder in Lübeck an. Damit möchten wir es Familien leichter machen, die ersten finanziellen Hürden zu nehmen.

Kinder sollen Kinder sein dürfen. Wir wollen nicht, dass sie verunsichert und verstört werden. Daher lehnen wir Indoktrination und Frühsexualisierung von Kindern ab. Dieser gelebte Kinderschutz trägt zur Attraktivität einer Stadt für Familien bei.

Kurze Beine, kurze Wege! Schulen, insbesondere Grundschulen, müssen in der Nähe von Wohngebieten erhalten bleiben bzw. gebaut werden. Wir wollen kurze und sichere Schulwege in Lübeck.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Sicherheitslage in ganz Lübeck ein. Wir wollen, dass Eltern und ihre Kinder sicher sind und nicht durch Kriminelle bedroht werden.

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

Der Schlüssel dazu sind gute Schulen und gute Betreuungsangebote. Dafür setzen wir uns ein.

Antworten der Partei DIE LINKE:

Sehr geehrte Eltern,

wir bedanken uns für Ihren Brief und die darin enthaltenen Fragen.

Wir als Partei DIE LINKE unterstützen an jeder Stelle Elterninitiativen und freuen uns auf die Zusammenarbeit und die Umsetzung der in diesem Jahr erreichten Erfolge.

Des Weiteren kann ich Ihnen versichern, dass die angrenzenden Themen Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei uns einen hohen Stellenwert einnehmen und bei uns im Programm und Umsetzung, dies sowohl schon 2013-2018 als auch 2018-2023.

Selbstverständlich sind wir auch dafür, dass der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen in Einrichtungen und Tagespflege besser erfragt und erfasst wird um besser auf die Bedürfnisse der Eltern zu reagieren. Aktuell erfolgt die Bedarfsermittlung nur aufgrund statistischer Methoden und Berechnungen – das reicht nach unserer Auffassung nicht aus. Hier ist eine bessere direkte Bedarfsermittlung erforderlich.

Wir streben eine Vorreiterrolle unserer Stadt für Deutschland, in allen sozialen Bereichen an. Die Möglichkeiten dazu sind durch bisher noch nicht ausgeschöpft.

Als Beispiele mögen hier nur dienen:

- Beitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung
- Fahrscheinloser Nahverkehr
- Sozialer Wohnungsbau

Unser Kreisverband ist sehr stark engagiert in der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder-, Jugend- und Familienpolitik (LAG Familie), in der ihre Themen behandelt werden. Diese LAG setzt sich unter anderem für eine Kindergrundsicherung ein.

Wir freuen uns auf eine weitere, konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ihnen.

Mit herzlichen Grüßen

Frage 1:

Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

DIE LINKE verfolgt das Ziel einer elternbeitragsfreien Kinderbetreuung. Jeder Schritt in diese Richtung wird von uns unterstützt. Über die Länge eines jeden Schrittes kann man mit uns reden. Diese Frage ist für uns in erster Linie eine Frage der politischen Haltung und erst in zweiter Linie eine finanzielle Frage bzw. Entscheidung. Die „Jamaika“-Koalition in Kiel, aus CDU, Grüne und FDP sagt: „Qualität in der Kinderbetreuung geht vor Beitragsfreiheit.“ Wir sagen dazu: Das eine Tun und das andere nicht lassen, sonst können sich die hohe Qualität in der Kinderbetreuung nur vermögende Eltern leisten. Beitragsfreiheit und Qualität.

Frage 2:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Betreuungsquoten können immer nur als Planungsgrößen fungieren, im Ü3-Bereich sollte mindestens mit 95% geplant und im U3-Bereich sollte mindestens mit 50% geplant werden. Wichtiger ist jedoch die bedarfsgerechte Planung, dazu sind die Pläne regelmäßig zu überprüfen und (zukünftige) Eltern zu befragen.

Frage 3:

Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Die Finanzierung von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung inklusive der Betriebskosten für Kindertagesstätten hat bei der Partei DIE LINKE einen hohen Stellenwert. Neben den von Ihnen angesprochenen Maßnahmen ist vor allem auch der Leitungsanteil finanziell zu berücksichtigen. Wir werden mehr Geld zur Verfügung stellen und vor allem die Bürokratie reduzieren.

Frage 4:

Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Der Mangel an Fachkräften ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir müssen die Ausbildung und Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Im Kampf um Fachkräfte kann und muss Lübeck nicht nur finanzielle sondern auch weitere Anstrengungen, wie z.B. Jobsicherheit, gestalterische und persönliche Freiheit, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten, unternehmen.

Frage 5:

Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

- **mehr Früh- und Spätdienste**
„Randzeitbetreuung“ ist sehr wichtig für Eltern und muss ausgebaut werden – dazu ist es allerdings notwendig, dass mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen, gefunden werden. Je erfolgreicher Lübeck bei der Gewinnung von Fachkräften ist, umso mehr Betreuungsmöglichkeiten sollen in den „Randzeiten“ angeboten werden.
- **freier wählbare Stundenzahl**
Die Betreuungszeit sollte nicht über 10 Stunden pro Tag hinausgehen. Die Anzahl der Betreuungsstunden in einer Einrichtung sollen Eltern frei wählen können, allerdings müssen auch die Bedürfnisse der Einrichtung berücksichtigt werden. Eltern und Einrichtung sind Partner_innen bei der Kinderbetreuung und müssen zusammenarbeiten.
- **Streichung/Reduzierung der Schließtage**
Die Einführung der sogenannten Schließtage bzw. die Festschreibung auf 225 Betreuungstage war falsch und muss zurückgenommen werden. Jeder Schritt in diese Richtung wird von uns unterstützt.
- **ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (nicht nur jeweils zum 01. 08. des Jahres)**
Der Einstieg in die Krippen- und Kitaeinstieg muss jederzeit möglich sein.

Frage 6:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

JA. Die Einführung der sogenannten Schließtage bzw. die Festschreibung auf 225 Betreuungstage war falsch und muss zurückgenommen werden. Jeder Schritt in diese Richtung wird von uns unterstützt.

Frage 7:

Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

- Das Wichtigste wird sein, mehr Fachpersonal auszubilden, zu binden und zu gewinnen.
- Gleichzeitig ist es erforderlich neue und inklusive Kita's zu bauen
- Bessere baulichen Bedingungen schaffen um Inklusion bestmöglich zu verwirklichen
- Mehr multiprofessionelle Teams
- Mehr Schwerpunkt-Kita's (Demokratische Kitas, Sport-Kitas, Musik-Kitas, Europa-Kitas, Umwelt-Kitas)
– mehr Vielfalt, um Wunsch- und Wahlrecht zu ermöglichen
- #lastbutnotleast ☺ gute Zusammenarbeit, mit Elterninitiativen und -vertretungen

Frage 8:

Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

- Kindertagespflege und Kindertagesstätten sind gleichberechtigte Formen der Kinderbetreuung.
- Die Kindertagespflegepersonen müssen besser bezahlt werden, sie steuern auf ein Leben in Altersarmut hinzu. Das muss verhindert werden.
- Alle Investitionen in die Betreuungsqualität (Personal, Ausstattung, Umbau, Fortbildung usw.) sind beiden Formen gleichmäßig zu erstatten.
- Bei der Kindertagespflege ist die Bearbeitungsdauer der Anträge auf Kostenerstattung deutlich zu reduzieren.
- Kindertagespflegepersonen sollen eine institutionelle Vertretung im Jugendhilfeausschuss Lübeck bekommen und müssen an allen Fragen zur Kinderbetreuung standardisiert beteiligt werden.

Frage 9:

Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

DIE LINKE begrüßt die Pläne der Bundesregierung, Merkel 4, einen Rechtsanspruch für die Betreuung der Schulkinder einzuführen. Jeder Schritt in diese Richtung wird von uns unterstützt. Wir begrüßen die Vielfalt der Betreuungsangebote und die Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern. Die Eltern sollen ihre Entscheidung gut informiert und ohne Druck (finanziell oder anderer) treffen.

Frage 10:**Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?**

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunalpolitik kann die gesellschaftlichen, politischen, strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Dies betrifft u.a. die Bereitstellung der finanziellen Mittel und die Schaffung der personellen Ausstattung (Fachkräfte aus verschiedenen Disziplinen). Wichtiger aber ist, ein gesellschaftliches inklusives Lebensumfeld zu schaffen und die kommunale Wertschätzung aller daran Beteiligten.

Frage 11:**Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?**

Familien in all ihrer Vielfalt brauchen in erster Linie Unterstützung und soziale Sicherheit. Wir brauchen eine kinder- und familienfreundliche Politik und keine, durch die Kinder zum Armutsrisiko für die ganze Familie werden. Das bedeutet in erster Linie, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Wir stellen Familien in das Zentrum unserer Politik und werden bei allen politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf Familien stark gewichten. Familien profitieren bei uns u.a. von folgenden Maßnahmen:

Wohnen und Wohnumfeldgestaltung: durch den Neubau von Wohnungen durch die Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes und die Gestaltung der neuen Wohngebiete.

Mobilität: durch den Anschluss Lübecks an den HVV, durch die Einführung einer Geschwisterkarte im Nahverkehr und durch die Beendigung des Sanierungsstaus bei Fuß- und Radwegen.

Kultur: dadurch, dass wir Kulturschaffende dazu anhalten ihre Angebote und Einrichtungen an der Einwohner_innenstruktur auszurichten, d.h. spezielle Veranstaltungen für Familien bei der Planung zu berücksichtigen.

Teilhabe: Langfristiges Ziel sind inklusive Stadtteilhäuser sein, die unter ihrem Dach Vereine, Initiativen, Verbände und Kultur im Stadtteil versammeln und somit einerseits das soziale Miteinander im Stadtteil fördern, andererseits aber auch durch Bürgerbeteiligung ermöglichen, dass Familien ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und mitgestalten können. Die Existenz bestehender Nachbarschaftsbüros, die bereits eine Vielzahl kultureller und sozialer Projekte in den Stadtteilen bündeln, ist zu sichern und der Ausbau eines Lübecker Netzwerkes solcher Büros zu fördern.

Frage 12:**Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?**

DIE LINKE streitet für Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Alle Kinder müssen in einer sozialen und gerechten Stadt die gleichen Bildungschancen erhalten. Dabei ist für uns entscheidend, dass Schüler*innen möglichst lange gemeinsam lernen und von ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen profitieren können. Folgende Maßnahmen stellen wir uns zuerst dabei vor:

- ein Qualitätskonzept für nachschulische Betreuungsangebote, das den Qualitäts-Standards der Horte entspricht
- die Einführung eines diskriminierungsfreien Sozialpasses für alle Einkommensschwachen, um den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (u.a. Kindergärten, Büchereien, Bäder, Museen, Theatern, Vereinen und öffentliche Verkehrsmittel) zu gewährleisten
- die Schaffung von Bedingungen, unter denen Literatur- und Lesebegeisterung sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen in allen Stadtteilen wachsen und Früchte tragen kann
- den kostenlosen Eintritt in alle Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche
- die Einführung von Sozialtarifen bei den Versorgungsbetrieben und die Schaffung flächendeckender Strukturen zur Bereitstellung schneller Internetabdeckung

Für weitere Maßnahmen, die uns von Alleinerziehenden und Familien bzw. ihren Vertretungen sind wir offen.

[FREIE WÄHLER Lübeck · Schwertfegerstraße 26 · 23556 Lübeck](#)

Lübecker Kreiselternvertretung (KEV),
Lübecker Elterninitiative für Vereinbarkeit
von Familie und Beruf,
HortretterInnen

Gregor Voht
stellv. Kreisvorsitzender

☎ 0151 580 36291
✉ gregor.voht@fwhl.de

Fragebogen zur Kommunalwahl 2018 – Antworten FREIE WÄHLER

Sehr geehrte Frau Sondermann,

vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen zu verschiedenen familienpolitischen Themen. Sehr gerne haben wir Ihre Fragen beantwortet (Anlage 1). Damit Sie auch einen Einblick in unsere Programmatik außerhalb der familienpolitischen Fragestellungen erhalten, haben wir uns außerdem erlaubt Ihnen unser Kommunalwahlprogramm „Mut, Maß und Mitte“ zu übersenden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gregor Voht
stellv. Kreisvorsitzender

Anlage 1:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Unsere Partei setzt sich bundesweit für kostenfreie Kindertagesbetreuung und Bildung ein. Wir hoffen, dass der Landesgesetzgeber in der Zukunft dahingehend tätig wird, dass Kindertagesbetreuung für die Eltern kostenlos gestaltet wird. Bis hierfür die Grundlage geschaffen ist, muss die Hansestadt Lübeck jedoch weiterhin Beiträge erheben. Eine weitere Steigerung gilt es zu verhindern.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Die bestehende Nachfrage macht eine Ausweitung des Angebots notwendig. Wir werden den Ausbau der Strukturen in Lübeck daher weiter vorantreiben. Welche Quote im Jahr 2023 erreicht werden kann, hängt auch von der Entwicklung der Nachfragesituation, der Finanzierung durch die Landesregierung und der Fachkräfteverfügbarkeit ab und ist daher durch die Kommunalpolitik nicht soweit beeinflussbar, um eine Ziel-Quote festlegen zu können.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Eine schrittweise erfolgende Aufstockung halten wir für darstellbar im städtischen Haushalt, der in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung genommen hat.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Die Einflussmöglichkeit der kommunalen Ebene ist hier geringer, als wir es uns wünschen würden. Zwei Ansatzpunkte sind jedoch die Ausbildung über den eigenen Bedarf der städtischen Einrichtungen hinaus sowie die Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in den eigenen Einrichtungen.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

- mehr Früh- und Spätdienste (Ja)
- freier wählbare Stundenzahl (Nein)
- Streichung/Reduzierung der Schließtage (Ja)
- ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (Nein)

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Ja, eine Einheitlichkeit der Anzahl der Schließtage zwischen städtischen Einrichtungen und freien Trägern streben wir für die Verhandlungen an.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Keine. Mit den Maßnahmen, die sich aus den Antworten aus den Fragen 1 bis 6 ergeben, haben wir uns bereits finanzpolitisch ambitionierte Ziele für die kommende Wahlperiode gesetzt.

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Die Kindertagespflege ist vom Gesetzgeber als gleichrangiges Angebot im Verhältnis zu Kindertagesstätten vorgesehen. Diese Zielvorgabe begrüßen wir ausdrücklich, insbesondere weil wir den familiäreren Charakter der Kindertagespflege als besonders positiv wahrnehmen. Im Zuge der Professionalisierung der Kindertagespflege ist viel zusätzlicher bürokratischer Aufwand entstanden, diesen auf das Wesentliche zu begrenzen ist unser Ziel.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Ja.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Wir stehen zur UN-Behindertenrechtskonvention und dem Menschenrecht auf Inklusion. Wir werden die Einrichtungen ihren Bedarfen nach bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Bereiche, die sie selbst regeln kann, darf der Staat nicht antasten. Der Staat soll sie bei der Kindererziehung unterstützen und muss ein funktionierendes Bildungssystem vorhalten. Dieser Auftrag verpflichtet uns, die vorhandenen Strukturen in Lübeck zu erhalten und auszubauen. Wir haben es mehrfach geschafft, dass mehr Bauunterhaltungsmittel für Schulgebäude zur Verfügung gestellt worden sind. Außerdem konnten wir den Trend, kleine Grundschulstandorte zu schließen, stoppen. Für ein familienfreundliches Lübeck ist aber noch viel zu tun.

Unsere Vorhaben für eine familienfreundliche Stadt:

- Ausbau der Kinderbetreuung, weitere Reduzierung der Schließtage und Anpassung der Öffnungszeiten an die Anforderungen der modernen Arbeitswelt.
- Mehr Personal und Geldmittel für die Bauunterhaltung von Schulgebäuden.
- Erhalt aller Grundschulstandorte im Stadtgebiet und Ergänzung um neue Standorte.
- Erhalt der Trägervielfalt in der Jugendhilfe durch weiterhin langfristige Budgetverträge mit Zielvereinbarungen.
- Gesunde und ausgewogene Ernährung in allen Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche.
- Keine Schwächung der beruflichen Gymnasien durch zu viele weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen.
- Bessere Ausstattung der Berufsschulen zur Sicherung des Ausbildungserfolgs im Rahmen der dualen Ausbildung.
- Fortschreibung der Sportförderrichtlinie zur Stärkung des dezentralen und vielfältigen Vereinsangebots in Lübeck.
- Erhalt der Freibäder in Moisling und Schlutup, sowie aller Schwimmhallen.

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

Der Lübecker Bildungsfonds ist ein geeignetes Instrument, welches vorgesetzt und ausgebaut werden sollte. Wir werden die Weiterentwicklung in der Lübecker Bürgerschaft positiv begleiten.

Lübeck, 17. April 2018

Fragenkatalog Hortretterinnen

In unseren Leitzielen, im Internet aufrufbar unter Buerger-fuer-Luebeck.de, sind alle Fragen, wie wir politisch mit Bildung, Kultur, Jugend und Soziales umgehen dargestellt. Ebenfalls sagt unser Wahlprogramm viel aus, was Ihre Fragen beantwortet.

Wir sind grundsätzlich für eine Förderung aller Kinder in Lübeck, die gleichberechtigt ist, ohne Ansehen von Herkunft und Finanzstärke. Ebenfalls sind wir für eine finanzielle Entlastung derer, die dieser bedürfen, sehen aber auch nicht ein, finanzstarke Eltern zu entlasten.

Wir könnten uns vorstellen, dass über einen definierten Zeitraum kommunale Ausbildung von Frauen und Männern in Mangelberufen, wie Erzieherinnen, Sozialpädagogische Assistentinnen, Altenpflegerinnen und Altenpflegehelferinnen, in Kooperation mit einem Bildungsträger, unter der Fachaufsicht des Landes in Lübeck installiert wird. Besonders sollte darauf geachtet werden, dass eine staatliche Anerkennung als Abschluss erteilt wird. Auch würden wir es für wünschenswert halten, wenn berufsbegleitende Ausbildung in den erwähnten Berufen stattfindet, so dass auch Teilzeitmitarbeiterinnen partizipieren können.

Die Regieleistungen könnten von einer zu bildenden kommunalen Beschäftigungsgesellschaft übernommen werden.

Parallel dazu könnte eine Kinderbetreuung während der Unterrichtsstunden angeboten werden, um auch Alleinerziehenden eine Möglichkeit zur Ausbildung zu geben.

Die Bürger für Lübeck(BfL) denken, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum mit einer guten Infrastruktur ein Weg ist, um Barrieren für Eltern und Kinder zur Teilhabe abzubauen.

Die Funktionsträger der Bürger für Lübeck (BfL) sind immer offen für Gespräche, so geschehen auch mit dem Verein der Tagesmütter. Wir konnten viel über die Probleme der Tagesmütter lernen und wir werden diese Arbeit im Elementarbereich unterstützen.

Hinsichtlich der übrigen Fragen, deren Antworten mit Versprechungen verbunden sind, verweisen wir darauf, dass jede Ausgabe in Lübeck mit einer Einnahme oder einem Wegfall von Leistungen verbunden ist. Wir würden uns freuen, wenn Sie, als Betroffene, dazu beitragen, kreative und intelligente Lösungen mit uns zu finden. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Bürger für Lübeck (BfL)

Unabhängige Wählergemeinschaft Bürger für Lübeck – BfL

Vorsitzender: Lothar Möller

Tel.: 0162/1928805, mail: moeller@bfl-hl.de

www.buerger-fuer-luebeck.de

Die Unabhängigen | St. Jürgen Ring 34 | 23564 Lübeck

An die Kreiselternervertretung und die Elterinitiativen

- HortretterInnen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Lübeck, den 17. April 2018

Fragenkatalog zur Kommunalwahl - Antworten der Unabhängigen

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Ja!

In einigen Bundesländern herrscht Beitragsfreiheit, in anderen, wie Schleswig-Holstein, werden zum Teil sehr hohe Beiträge für die Kindertagesbetreuung verlangt. Das benachteiligt die betroffenen Eltern und ist, wirtschaftlich gesehen, auch ein Stadtnachteil für Lübeck. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht vom Wohnort abhängen!

Es fließen bereits Landesmittel für den Ausbau der Kita Betreuung, somit muss die Kommune auch nicht mehr alle Kosten allein tragen. Die Unabhängigen werden sich deshalb dafür einsetzen, die Beiträge zur Kindertagesbetreuung möglichst zu reduzieren.

Zusätzlich werden wir uns für die Einführung einer Sozialstaffelung der Beiträge einsetzen, damit einkommensschwache Haushalte mit berufstätigen Eltern nicht mit den vollen Kosten der Elternbeiträge belastet werden.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3- Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Ja! Trotz Anmeldung kurz nach der Geburt gibt es in Lübeck für Familien oft wenig Chancen auf eine wohnortnahe Krippen- und/oder Kita Betreuung. Insbesondere der Ü3 Bereich weist derzeit einen gravierenden Mangel an Betreuungsplätzen auf.

Die Erfassung des tatsächlichen Bedarfs an Kinderbetreuung durch die Stadtverwaltung muss transparent und nachvollziehbar erfolgen und soll, sollte dies nicht möglich sein, anhand von unabhängigen Gutachten ermittelt werden.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Nein, klarer Topf für klare Sache. Ausgaben müssen nachvollziehbar einem Kostenpunkt zugeordnet werden können und transparent sein. Die Gefahr besteht sonst, dass aus dem Topf „kommunale Betriebskostenzuschüsse“ alle möglichen Löcher gestopft werden, die nachvollziehbaren Forderungen nach mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und kleineren Gruppengrößen könnten dabei vernachlässigt werden. Statt mehr Vertretungs- und Springerkräften würden die Unabhängigen begrüßen, wenn zuvorderst den ErzieherInnen, die von Teilzeit auf Vollzeit wechseln möchten, dies ermöglicht werden würde.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Wir werden uns dafür einsetzen gemeinsam mit Erziehern /SPAs und den Trägern tragfähige und gerechtere Lösungen zu erarbeiten:

Wir setzen uns dafür ein, zu prüfen wie:

- **Möglichkeiten der Reformierung von Ausbildung zum Erzieher / SPA ergriffen werden können:**
(Beitragsfreiheit, Ausbildungsvergütung, kommunale Stipendien, Möglichkeiten von Fernstudium, vergünstigte Wohnheimplätze)
- **Förderung von sichereren Arbeitsverhältnissen erfolgen kann:**
(unbefristete Verträge, Arbeit auch in Vollzeit möglich, Vergütung nach Tarif, nach Mögl. Beamtenstatus etc.)

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:
- mehr Früh- und Spätdienste

Ja. Jedoch ist im Anbetracht des Personal- und Fachkräftemangels diese Forderung für Betreuungsträger nur sehr schwer umsetzbar. Daher möchten sich die Unabhängigen zovorderst, dass mehr Vollzeitstellen für Erzieher geschaffen werden.

- freier wählbare Stundenzahl

Diese Forderung ist aus Sicht der Familien berechtigt, aus Sicht der Betreuungsträger ist das jedoch schwer umzusetzen. Es erfordert einen erheblichen Mehraufwand an Personal und bringt Planungsunsicherheit mit sich. Im Anbetracht des Personal- und Fachkräftemangels befürchten wir, dass realistischer - und ehrlicher - Weise diese Forderung nicht umsetzbar sein wird. Wir würden deshalb gemeinsam mit den Trägern prüfen wollen, inwieweit es eine feinere Staffelung der Stundenzahlen möglich wäre.

- Streichung/Reduzierung der Schließtage

Ja. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es einheitliche Regelungen für alle Träger der Grundschul-, Krippen- und Kitabetreuung gibt.

- ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (nicht nur jeweils zum 01. 08. des Jahres)

Ja.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Ja! Wir werden uns auch dafür stark machen, dass es einheitliche Regelungen für alle Träger der Grundschul-, Krippen- und Kitabetreuung gelten.

Es kann nicht sein, dass es eine ungleiche Behandlung der Familien gibt, die ihre Kinder von städtischen oder von privaten Betreuungsträgern betreuen lassen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für alle gelten.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Wir möchten erreichen, dass jede Familie die einen Platz benötigt, diesen auch wohnortnah bekommt. Bis 2023 möchten wir erreichen: planbare, verlässliche, qualitätvolle Kinderbetreuung vom Ende der Elternzeit bis zum Ende des Grundschulalters.

Maßnahmen nach Priorität geordnet:

1. *Mehr Erzieher und SPAs /Entgegenwirken von Fachkräftemangel*
2. *Investitionsstau abbauen! Bessere Räumlichkeiten und Ausstattung für Kitas und Schulen*
3. *Mehr Elternbeteiligung / Partizipation in Entscheidungsprozessen*
4. *Qualifikation der Betreuer durch kontinuierliche Fortbildungen!*
5. *Erkennen von Förderbedarf von Kindern / ausreichende Fördermittel für individuelle Förderung*
6. *Ganztägige I-Plätze für Kita und Grundschule*
7. *I-Platz: Bei Bedarf Zugang zu qualifiziertem heilpädagogischen Personal*
8. *Aufstockung von Halbtags zu Vollzeitplatz jederzeit möglich*
9. *Wahlfreiheit zwischen Kindertagespflege, Krippe und Kitas (KTPs dürfen keine Notlösung sein!)*

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Es muss für Familien zukünftig eine echte Wahlfreiheit zwischen Kindertagespflege, Krippe und Kitas geben. KTPs dürfen nicht als Überbrückung genutzt werden wenn ein Platz in Krippe oder Kita gewünscht aber nicht gefunden wurde.

Die Rechte von Kindertagespflegepersonen sollen gestärkt werden; gleiche Vertragliche und förderungsrechtliche Richtlinien wie bei Krippen und Kitas müssen eingeführt werden.

Maßnahmen (nach Priorität geordnet):

1. *ein verlässliches Vertretungssystem für Kindertagespflegepersonen im Krankheitsfall*
2. *Finanzierte Fortbildungstage für Kindertagespflegepersonen*
3. *Vergleichbare Förderung von Vollzeitplätzen sowie gleiche vertragliche Grundlagen von Kündigungsfristen für Kindertagespflegepersonen wie für Krippen und Kitas*
4. *Förderungen für I-Kinder auch bei Betreuung durch Kindertagespflegepersonen*
5. *Vergütung von Vor-und Nachbereitungen, Elterngesprächen sowie Verwaltungsaufwand Beiträge zur Pflichtversicherung in der Unfallkasse zu 100% erstatten*
6. *Transparenz bei der kommunalen Förderung in der Kindertagespflege*

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Eine Wahlfreiheit ist wichtig für Familien, denn Kinder sind unterschiedlich und stellen individuelle Anforderungen an die Betreuung.

Die Unabhängigen werden sich dafür einsetzen, die Hortstandards an den Betreuten Grundschulen anzuwenden. Maßnahmen, die diesen Prozess beschleunigen und qualitativ verbessern, werden wir befürworten und unterstützen.

Neben der Aufwertung der Betreuungsqualität sehen wir es als primär wichtig an, die räumlichen Voraussetzungen an den Grundschulen so zu verbessern, dass Kinder mit unterschiedlichen Bedarfen (ruhige, wie auch laute) entsprechende Frei- und Rückzugsräume geboten bekommen.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Die Unabhängigen werden sich für folgende Maßnahmen einsetzen:

- *Frühzeitiges Erkennen von Förderbedarf von Kindern bereits in Tagespflege /Krippe /Kita durch geschultes Personal*
- *Ganztagsbetreuung in Grundschule UND Kita auch für I-Kinder*
- *Individuelle, koordinierte Förderung durch multiprofessionelle Teams und qualifiziertes heilpädagogisches Personal in Tagespflege /Krippe /Kita.*

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

- *Schulen sanieren und zeitgemäß umgestalten*
- *Zeitgemäße Spielplatzplanung für alle Altersgruppen, barrierefrei, modern und wohnortnah*
- *Saubere und sichere Spielplätze durch Einzäunung*
- *Spielgeräte in den Einkaufszonen der Stadt, dort wo Platz ist, schaffen*

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

Einkommensschwache und benachteiligte Haushalte sollen in Zukunft stigmafrei gefördert werden. Wir setzen uns ein für:

- *Die Einführung einer Sozialstaffelung der Beiträge für die Kinderbetreuung, damit einkommensschwache Haushalte mit berufstätigen Eltern nicht mit den vollen Kosten der Elternbeiträge belastet werden.*
- *Ganztags- I-Plätze*
- *kostenfreie Mahlzeiten in guter Qualität bei Tagespflege, Krippen, Kitas und Schulen*
- *Qualifizierte Hausaufgabenbetreuung*
- *Weniger Bürokratie für Beantragung von Bildungsfonds-Geldern*
- *Den Ausbau der Bildungsfonds- und LÜBECKCARD Angebote*
- *Eine bessere Förderung und weiteren Ausbau von Mentoring Programmen (z.B. Stadtmütter, Lübecker Paten)*

ANTWORT der GAL:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?

Antwort GAL:

Die GAL lehnt eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge für den Besuch einer Kita ab. Grundsätzlich würden wir einer Reduzierung der Elternbeiträge zustimmen.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im Ü3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?

Antwort GAL

Die GAL wird sich weiterhin für eine bedarfsgerechte und zeitnah am Bedarf orientierte Ausweitung der Betreuungsquote einsetzen.

Im Zuge neu geplanter Baugebiete haben wir frühzeitig der Einrichtung neuer Kindertagesstätten und den entsprechenden Haushaltsmitteln zugestimmt.

Dem Antrag des Jugendhilfeausschusses, eine „Task-Force“ zu gründen, um den Ausbau besser koordinieren und schneller realisieren zu können, haben wir zugestimmt.

In Großstädten wie Lübeck ist davon auszugehen, dass der Bedarf von Krippen- und Kitaplätzen im U3 Bereich bei mindestens 50 Prozent liegt. Diese Quote wollen wir mindestens erreichen.

Im Ü3 Bereich wollen wir schnellstmöglich den Bedarf zu 100% decken und erreichen, dass die Eingewöhnung ganzjährig möglich wird.

Grundsätzlich ist das Ziel der GAL, dem Wunsch und Wahlrecht der Eltern entsprechend für jedes Kind einen Betreuungsplatz anzubieten: in Krippe, Kita, Hort, Betreute Grundschule oder bei Kindertagespflegepersonen.

3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?

Antwort GAL:

Ja, das hat die GAL-Fraktion bereits in den zwei Jahren seit Gründung getan und die GAL wird auch weiterhin aktiv Anträge einbringen und unterstützen, die eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels - den wissenschaftlichen Empfehlungen entsprechend - ermöglicht. Tarifierhöhungen sollen selbstverständlich auch bei Freien Trägern gezahlt werden, entsprechend haben wir uns in der Vergangenheit bereits für Budget-Erhöhungen eingesetzt.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?

Antwort GAL

Die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher soll praxisorientiert erfolgen und bezahlt werden. Die GAL hat vorgeschlagen und unterstützt es, wenn die Ausbildung an der Dorothea-Schlözer-Schule dahingehend entwickelt wird, dass Träger einen Ausbildungsvertrag mit angehenden Erzieherinnen und Erziehern abschließen.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass sich die Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen und Sozpädagogische Assistentinnen insgesamt verbessern. Dazu zählen neben der bezahlten, praxisorientierten Ausbildung:

- Ein höheres Einstiegsgehalt
- Ein besserer Betreuungsschlüssel
- Langfristige Arbeitsverträge
- Fortbildungsmöglichkeiten wie z.B. nebenberufliches Studium

Ebenfalls ist es wissenschaftlich belegt notwendig, dass mehr als bisher auch junge Männer Informationen über

die Berufsfelder des Erziehers und der Sozialpädagogischen Assistenten erhalten, z.B. über die Lübecker Berufsberatungen. Denn neben dem geringen Gehalt - als ein Grund für das Fernbleiben der Männer in diesen Berufen - sind auch unzureichende Informationen in Kombination mit den tradierten „Männlichkeitsnormen“ eine Ursache dafür, dass Männer dem Erzieherberuf und dem Beruf als Sozialpädagogischer Assistent fern bleiben.

Das Modellprojekt „Mehr Männer in Kitas“ hat dies durch gezielte Information erfolgreich gezeigt.

5. Welche der folgenden Maßnahmen für eine Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten in den Lübecker Kindertageseinrichtungen bis 2023 unterstützen Sie:

- mehr Früh- und Spätdienste:

Antwort GAL:

Wir treten für eine flexible und damit bedarfsgerechte Ausweitung der Früh- und Spätdienste ein.

- freier wählbare Stundenzahl:

Antwort GAL:

Immer mehr Eltern benötigen eine umfassende zeitliche Betreuung für ihre Kinder. Aber es gibt nach wie vor auch Familien, die weniger Betreuungsstunden benötigen. Eltern sollten nicht gezwungen werden, Vollzeitplätze besetzen und finanzieren zu müssen, die sie nicht benötigen. Von daher ist es unerlässlich, dass Eltern die Stundenzahl der Kinderbetreuung frei entscheiden können, z.B. einen Ganz-, Dreiviertel- oder Halbtagsplatz, im Bedarfsfall in Kombination mit flexibel und kurzfristig dazu buchbaren Früh- und Spätdienst.

Diese Angebote dürfen jedoch nicht zu einer Unterfinanzierung der jeweiligen Einrichtung führen.

- Streichung/Reduzierung der Schließtage:

Antwort der GAL

Die GAL unterstützt eine weitere Reduzierung der Schließtage – wenn der Bedarf es erforderlich macht, auch eine komplette Streichung der Schließtage.

- ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg (nicht nur jeweils zum 01.08. des Jahres):

Antwort der GAL:

Ja, wir setzen uns für einen ganzjährigen Krippen- und Kitaeinstieg ein

- weitere:

Antwort GAL:

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderbetreuung auch am Samstag und Sonntag in ausgewählten Einrichtungen möglich wird, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für die Eltern möglich wird, deren Beruf das Arbeiten am Wochenende erfordert.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?

Antwort GAL

Die GAL setzt sich dafür ein, dass die Freien Träger im Rahmen der Budgetverhandlungen die für die Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel erhalten und diese im städtischen Haushalt geordnet werden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Neuverhandlung der Budgetverträge auch die zeitnahe Umsetzung des Beschlusses (Reduzierung der Schließtage und Synchronisierung der Ferienzeiten) beinhaltet.

7. Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?

Antwort GAL

- Die GAL setzt sich für einen besseren Betreuungsschlüssel in allen Kinderbetreuungsformen ein
- Die GAL setzt sich für bessere Bedingungen in der Kindertagespflege ein, z.B. bezahlte Fortbildungszeiten bei freier Wahl des Fortbildungsthemas und –anbieters, für eine höhere Bezuschussung der Fortbildungen und die Erarbeitung von Modellen für Krankheitsvertretungen
- Die GAL setzt sich für mehr Männer in Kinderbetreuungseinrichtungen ein
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Schließzeiten-Bürgerschaftsbeschlusses ein

- Die GAL setzt sich für die Ausweitung von Ganztags in Schule ein und für die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses, qualitative Verbesserungen hin zu Hortstandards an den Betreuten Grundschulen zu schaffen
- Die GAL setzt sich für den dauerhaften Horterhalt ein
- Die GAL setzt sich für mehr und kurzfristig sicherzustellende, flächendeckende Einrichtung von sogenannten GanztagsPlus Gruppen an allen Betreuten Grundschulen ein, damit alle Kinder eine bedarfsgerechte Betreuung erhalten können. Der Bedarf bei mehr als einer Gruppe pro Betreutem Grundschulstandort ist dabei von der Verwaltung bei der Schule, den Eltern und dem Freien Träger des jeweiligen Betreuten Grundschulstandortes direkt zu ermitteln/der Verwaltung mitzuteilen und nicht anhand statistischer Allgemeindaten festzulegen.
- Die GAL setzt sich für die personelle Verzahnung von Schule und Nachmittagsbetreuung mit multiprofessionellen Teams an den Grundschulen und Betreuten Grundschulen ein
- Die GAL setzt sich für eine ausreichende Anzahl an Springerkräften für Urlaubs- und Krankheitsvertretung ein
- Die GAL setzt sich dafür ein, dass eine Vertretung der Tagespflegepersonen sowie einer Elternvertretung als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss aufgenommen wird (entsprechende Anträge wurden bereits in den Ausschüssen/der Bürgerschaft gestellt. Die Entscheidung wird dort nach der Wahl getroffen)
- Die Mitglieder der GAL bringen sich bei der Novellierung des Kitagesetzes auf Landesebene aktiv ein.

8. Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie?

Antwort GAL

Aktuell betreuen in Lübeck 245 Kindertagespflege Personen rund 1100 Kinder. Kindertagespflegepersonen leisten einen wesentlichen Beitrag für Mütter und Väter, Familie und Beruf zu vereinbaren. Sie sind es, die Randzeiten früh am Morgen oder bis in den späten Abend flexibel abdecken, teilweise Wochenendbetreuung anbieten oder Kinder außerhalb von Stichtagen in die Betreuung aufnehmen, wenn beispielsweise Elternzeit endet und Betreuungsbedarf entsteht. Auch übernehmen Tagespflegepersonen die Betreuung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf.

Bei der Diskussion über Kinderbetreuung in Lübeck wird die Kindertagespflege jedoch häufig vergessen. Dabei ist diese eine gleichwertige Bildungs- und Betreuungsform zur Kita. Auch in der Kindertagespflege sind Qualitätsstandards wichtig. Der Betrag den Tagespflegepersonen je Kind und Stunde erhalten, muss sich leistungsgerecht an dem Förderungsbedarf der betreuten Kinder orientieren und entsprechend ausgestaltet werden. Die Arbeit als Tagespflegeperson darf nicht dazu führen, dauerhaft unterhalb des Mindestlohns zu arbeiten und so selbst in die Armutsfalle zu geraten, während Eltern Vollzeittätigkeit ermöglicht wird. Zur Zusammenarbeit einzelner Betreuungsangebote auf Augenhöhe gehört der gemeinsame Austausch. Deshalb setzt sich die GAL dafür ein, eine Vertretung der Tagespflegepersonen sowie einer Elternvertretung als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss aufzunehmen. (Entsprechende Anträge haben wir bereits gestellt. Entschieden wird darüber jedoch erst nach der Kommunalwahl.)

Die GAL fordert:

- Der Förderungsbedarf der betreuten Kinder muss finanziell berücksichtigt werden.
- Fortbildungszeiten müssen als Arbeitszeit anerkannt werden.
- Es müssen Strukturen geschaffen werden, die Urlaubs und Krankheitsvertretung ermöglichen.
- Abrechnungsvorgänge müssen beschleunigt werden.

9. Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?

Antwort GAL:

Ja, wir setzen uns mit Blick auf die unterschiedlichen Bedarfe von Kindern und Familien sowie das gesetzlich verbriefte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern dafür ein, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird.

10. Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung

bedarfsgerecht zu ermöglichen?

Antwort GAL:

Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die das Recht auf Inklusion fördern. Dazu gehören zum einen behindertengerechte Gebäude – somit auch Schulgebäude - und Mobilität. Beim letztgenannten geht es auch z.B. auch um Busfahrzeiten, die mit den Unterrichtsstunden zeitlich gekoppelt sind und sichere und barrierefreie Fuß- und Fahrradwege zu den Schulen.

Während in Kitas Inklusion bereits gelingt, scheitert der Anspruch in Schulen häufig an baulichen Barrieren und einer zu geringen personellen Ausstattung. Schulbegleitung von Inklusion HelferInnen (I-Pool) verbessern zwar die Situation während des Unterrichts im Rahmen von Inklusion. Jedoch werden in vielen Schulen weniger Inklusionshelferstunden bewilligt als beantragt. So bleibt insbesondere in der Nachmittagsbetreuung Inklusion vielfach auf der Strecke. Wir unterstützen deshalb den Erhalt und die Wahrnehmung eines individuellen Rechts auf Schulbegleitung, da wo es notwendig ist.

Die GAL setzt sich ein für:

- Die Erstellung eines Integrations-/Inklusion Wegweiser mit Informationen über Rechte und Angebote für Eltern bzw. ihre Kinder (analog zum Familien Wegweiser)
- Beratungsangebot und Coaching für Eltern in Schulen und Kitas
- flächendeckende Angebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf
- einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas für Kinder mit besonderem Förderbedarf
- Flächendeckende Umsetzung von Inklusion bei der Nachmittagsbetreuung an Schulen.

11. Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?

Antwort GAL:

Familie ist, wo Kinder sind. Das heißt, unter dem Begriff Familie verstehen wir auch Alleinerziehende. Dies nur vorweg zur Erklärung unserer Definition von Familie. Die Arbeit der GAL-Fraktion ist seit Gründung im April 2016 davon geprägt, dass wir uns konsequent für soziale und ökologische Themen stark machen.

Soziales

Die GAL unterstützt alle Maßnahmen, die gegen Kinderarmut - von derzeit 30 Prozent - wirken. Präventive Maßnahmen, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien sollen weiterhin angeboten und bedarfsorientiert ausgebaut werden. Dazu zählen:

- Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau familienunterstützender Beratungsangebote wie Willkommensbesuche durch Familienhebammen, Familienzentren, Frühe Hilfen, Mobile Frühförderung, Schulsozialarbeit, Straßensozialarbeit...
- Erhalt des Bildungsfonds
- Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Schulabgängerinnen ohne Schulabschlüsse, Aufbau einer Jugendberufsagentur unter Einbeziehung der von Jugendlichen gemachten Vorschläge zur Umsetzung
- Stärkung des Jugendmigrationsdienstes
- Die Nutzung des städt. Busverkehrs vergünstigen, z.B. durch einen einheitlichen niedrigen Fahrpreis für alle oder Einführung eines Sozialtickets
- Schaffung bezahlbaren und Sozialen Wohnraums in allen Stadtteilen

Kinder- und Jugendbeteiligung

Die GAL setzt sich ein für

- für bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre frühzeitige **aktive** Einbeziehung in die Gestaltungspläne der Stadt, in die Gestaltung von (Spiel-)Plätzen und bei dem Erhalt der von Kindern und Jugendlichen genutzten Freiflächen
- eine Stärkung der Schülervvertretungen/des Stadtschülerparlaments in allen Schulen
- den Erhalt der bestehenden Jugendtreffs und Jugendzentren mit geschlechtergerechten Angeboten und bedarfsentsprechender Ausstattung mit Personal
- Einrichtung neuer Jugendtreffs nach Bedarf, z.B. im Hochschulstadtteil
- Legale Flächen für Graffiti und Sprayer

- stadtteilbezogene Kinder- und Jugendforen in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendzentren
- die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhaushalts
- das Projekt „Schülerhaushalt“ an allen Schulen

Natur- und Klimaschutz, Stadtgestaltung

Die GAL setzt sich ein

- für besseren kommunalen Klima- und Naturschutz, denn Verkehrsemissionen beeinträchtigen beispielsweise die Gesundheit von Kindern viel stärker als die von Erwachsenen – auch wenn gesetzlich erlaubte Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden
- für mehr Angebote, die Kindern frühzeitig Naturerleben ermöglichen, wie z.B. Naturerlebnispfad, Kooperationen zwischen Kleingartenvereinen, Kindergärten und Schulen, Weiterentwicklung des Museums für Natur und Umwelt zum Umwelt-Bildungs-Zentrum
- Erhalt der Spielplätze und Bauspielplätze sowie die Einrichtung von naturnahen Spielplätzen. Nicht genutzte Spielplätze sollen als Grünflächen erhalten bleiben oder als Verweilorte umgestaltet werden.
- Spielplätze sollen familienfreundlich gestaltet werden, z.B. mit Tischen zu den Sitzgelegenheiten, Hinweisschildern zu der nächst gelegenen öffentlichen Toilette und Infotafeln, die ermöglichen Angebote für Familien bekannt zu geben, aber auch den Austausch von Eltern ermöglichen
- Insbesondere im Zentrum der Innenstadt fehlt es Spiel- und Verweilflächen für Kinder und ihre Eltern(-teile). Diese könnten in der Fußgängerzone oder am Schragen eingerichtet werden. Bei der Gestaltung sind Kinder in die Entscheidung einzubeziehen.

Verkehr, Schule und Sport

GAL setzt sich ein

- für sichere Rad- und barrierefreie Gehwege – sichere Schulwege haben Priorität
- für den Ausbau und die Sanierung von Schulen und Schultoiletten
- Erhalt der „kurzen Wege“ / Grundschulen wohnortnah
- Erhalt und Ausbau von kulturellen und Bildungsangeboten in allen Stadtteilen, Stärkung der Angebote der Volkshochschule
- Förderung der Sportangebote von Sportvereinen, Kooperationen zwischen Schule und Sportvereinen
- für den Ausbau von städtischen Sportanlagen und auch dafür, sie dem nicht-kommerziellen Sport kostenfrei zur Verfügung zu stellen

12. Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?

Antwort GAL:

In unserem Programm haben wir an verschiedenen Stellen Vorschläge zur Bekämpfung von Armut und Chancengleichheit für alle Kinder gemacht. Dazu gehören auf kommunaler Entscheidungsebene:

- An erster Stelle der Armutsbekämpfung und Schaffung von Chancengleichheit steht eine qualitativ gute Kinderbetreuung von Anfang an und individuelle Förderung. Über mögliche Unterstützungsangebote müssen Eltern(-teile) frühzeitig informiert werden (über Familienzentren, Hebammen... siehe oben Antworten auf Frage 11/Soziales)
- Erhalt des Lübecker Bildungsfonds
- Kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen
- frühzeitige Vorbereitung auf spätere Ausbildungs- oder Studienmöglichkeiten, Unterstützung bei der Berufswahl durch schulische Praktika und Beratungsangebote
- Engere Verzahnung zwischen Schule und Berufs- und Weiterbildungsberatung (durch eine Jugendberufsagentur), damit alle Jugendlichen nach Beendigung der Schule eine Anschlussperspektive erhalten
- mehr kostenlose und kostengünstige sowie interkulturelle Ferienpassangebote, mehr Informationen und Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche, um Ferienpassangebote wahrnehmen zu können
- kostenfreier Besuch der Lübecker Museen für alle Kinder und Jugendlichen sowie einer Begleitperson; freier Eintritt in Museen und Sammlungen für Schulklassen und Kitagruppen
- die Einrichtung und Gestaltung einer Kinder- und Jugendwebsite der Hansestadt Lübeck, um niedrigschwellig über vorhandene Angebote für Kinder und Jugendliche zu informieren

- die Förderung von Theater-, Kunst- und Musikangeboten für Kinder und Jugendliche, flächendeckend mehr Proberäume in Lübeck

Neben den bereits oben genannten Antworten zu Inklusion, Kinderbetreuung und besonderer individueller Förderung setzt die GAL sich für Projekte wie Schule ohne Rassismus und interkulturelle Schulungen für Personal in Kitas, Schulen und Verwaltung ein.

Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, brauchen unseren besonderen Schutz und unsere Unterstützung. Insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben es schwer, da sie - neben der Meisterung des Alltags - mit ihrer Traurigkeit über Erlebtes und mit ihren Ängsten um zurückgebliebene Angehörige allein bleiben. Jugendlichen, die nach Deutschland geflüchtet sind, bleibt nicht viel Zeit, um bis zum Ende der Schulpflicht die Deutsche Sprache zu lernen und das Pensum aller Unterrichtsfächer nachzuholen. Dies sind jedoch Voraussetzungen, um einen Schulabschluss zu schaffen. Geflüchtete Familien leben mitunter über Jahre in Gemeinschaftsunterkünften, wo es aufgrund der beengten Wohnverhältnisse schwierig ist, sich auf Schule, Deutschkurs oder Ausbildung zu konzentrieren. Die GAL hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in den Unterkünften Spiel- und Lernzimmer eingerichtet werden und der Zugang zu WLAN ermöglicht wird. Die GAL will erreichen, dass auf Landesebene ein **Recht** auf Schule eingeführt wird, das Jugendlichen/jungen Erwachsenen auch nach dem 18. Lebensjahr die Möglichkeit gibt, eine Schule oder schulische Maßnahme zu besuchen und den gewünschten Schulabschluss zu erreichen. Die GAL hat in ihrem Programm zahlreiche Vorschläge zur besseren Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund. Dazu gehören z.B. die Übernahme von Schulkosten/Kosten für Schulausstattung, gezielte Förderung oder bedarfsgerechte Angebote von Traumatherapie. Patenmodelle und Einzel-Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterstützt die GAL.